

AZB  
CH-8031 Zürich  
P.P. / Journal

Post CH AG

Adressänderungen bitte an:  
GSoA, Postfach, 8031 Zürich  
adressen@gsoa.ch

**GSoA** GSOA-ZITIG NR. 184  
November 2020

Informationen und Anregungen der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA

**Kriegsgeschäfte-Initiative:**

Kriege und bewaffnete Konflikte wüten überall auf der Welt. Das Geschäft mit dem Tod floriert. Die Kriegsgeschäfte-Initiative will verhindern, dass sich die Schweiz daran beteiligt. SEITE 4



© Klaus Petrus

**Schweizer Milliarden vernichten Leben:**

Nicht weniger als 15,3 Milliarden USD werden von Schweizer Finanzinstitutionen in die internationale Rüstungsindustrie investiert. SEITE 5

**Turbulenzen von Sepp Moser:**

Das Buch zeigt, wie pannen- und korruptionsanfällig die Beschaffung von Kampfjets seit den 1960er Jahren ist. Eine Buchrezension von Josef Lang. SEITE 7

# GEGEN DIE SCHWEIZER KRIEGSGESCHÄFTE!



**JA ZUR KRIEGSGESCHÄFTE-INITIATIVE**

ABSTIMMUNG AM 29. NOVEMBER 2020



Liebe Leser\*innen

Der vergangene Abstimmungskampf gegen die Kampfjet-Milliarden (S. 4 und S. 8) ist kaum vorbei, schon sind wir wieder mittendrin in einer nächsten Kampagne: Die Abstimmung über die Kriegsgeschäfte-Initiative steht kurz bevor. Alle wichtigen Infos und Argumente zur Initiative gibt es auf den Seiten 4 und 5.

Wir haben uns aber nicht nur mit Kampfjets und Kriegsgeschäften beschäftigt: Zum einen konnte unsere VV trotz zweiter Pandemiewelle endlich stattfinden (S. 2) zum andern haben uns natürlich wie immer die Militärschiffe in Bundesbern auf Trab gehalten. So soll das Armeebudget aufgestockt werden und die Schweiz exportiert immer noch Kriegsmaterial in atemberaubender Höhe. Für einmal konnten wir einen Überraschungserfolg verbuchen – das Parlament hat die Verschärfung des Zivildienstgesetzes abgelehnt. Und auch für die Korrektur-Initiative sieht es gar nicht so schlecht aus (S. 3 und S. 6.)

Blicke über die Landesgrenze hinaus zu Europas Aussengrenzen und auf die drehende Rüstungsspirale werfen wir schliesslich noch auf den Seiten 6 und 7 – kurz bevor wir uns auf Seite 8 schweren Herzens von einem Seki-Urgestein verabschieden müssen und mit grosser Freude seinen Nachfolger begrüßen dürfen.

Eine gute Lektüre wünschen euch  
Judith Schmid und Thomas Bruchez mit  
dem gesamten Redaktionsteam

*PS: Vergesst nicht, JA zu stimmen zur Kriegsgeschäftsinitiative. Die Abstimmung zu den Kampfjets hat es gezeigt: jede Stimme zählt!*

#### Impressum

**Redaktion:** Aline Bressoud (ab), Thomas Bruchez (tb, verantwortlich), Michael Christen (mc), Nicolas Félix (nf), Adi Feller (af), Magdalena Küng (mk), Nadia Kuhn (nk), Josef Lang (jl), Moritz Lange (ml), Lewin Lempert (ll), Oger (og), Martin Parpan (mp), Kishor Paul (kp), Laura Riget (lr), Judith Schmid (js, verantwortlich), Tobia Schnebli (ts), Andreas Weibel (aw)

**Cartoons:** Oger | **Gestaltung:** Regula Meili | **Übersetzung:** Catherine Jost | **Druck:** ROPRESS Zürich | **Auflage:** 17'500, mindestens viermal jährlich | **Mitgliedsbeitrag (inkl. Zitigs-Abo) Verdienende Fr. 100.–/ Nichtverdienende Fr. 50.–** Jahresabonnement GSoA-Zitig: Fr. 20.– PC-Konto: PC 40-37315-5 | **Verlag:** GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Telefon 044 273 01 00, E-Mail: gsoa@gsoa.ch, www.gsoa.ch

LeserInnenbriefe, Lob und Kritik sind willkommen. Die Redaktion behält sich vor, Zusendungen zu kürzen. Bitte melden Sie uns Adressänderungen, falsche und/oder doppelte Adressen. Die Inhalte dieser Zeitung unterstehen einer Creative Commons Lizenz. Für nicht-kommerzielle Zwecke können sie mit Quellenangabe frei verwendet werden.

#### VOLLVERSAMMLUNG

## SCHLUSSSPURT ZUR KRIEGSGESCHÄFTE-INITIATIVE

**Am 25. Oktober fand unsere jährliche Vollversammlung statt – nicht wie geplant im Kreuz in Solothurn, sondern wegen bekannten Gründen online. Gemeinsam wurde ein Blick auf ein turbulentes Jahr geworfen und für den Schlusspurt im Abstimmungskampf zur Kriegsgeschäfte-Initiative mobilisiert.**

Einen Monat nach der Abstimmung zu den Luxuskampfjets war das knapp Ja – mit gerade einmal 8670 Stimmen Unterschied – natürlich bei den Teilnehmenden immer noch ein heiss diskutiertes Thema. Doch im Zentrum stand der laufende Abstimmungskampf. Die VV begann aber mit der Vorstellung der SekretärInnen. Hierbei wurde Lewin Lempert herzlich verabschiedet und Jonas Kampus als neuer Sekretär begrüsst. Anschliessend folgte der Jahresrückblick, bei dem die kleinen und grossen Siege thematisiert wurden.

#### Blick zurück

Obwohl die Luxuskampfjets hauchdünn vom Volk gutgeheissen wurden, so war es vor allem ein Zufallsresultat und die GSoA kann stolz sein auf die erreichten Nein-Stimmen. Gar nicht erst zur Abstimmung kam es beim Zivildienst. Eine Verschlechterung des zivilen Ersatzdienstes wurde in letzter Minute vom Nationalrat versenkt und somit musste die GSoA das Referendum nicht ergreifen. Auch bei der Vernehmlassung zur Korrektur-Initiative zeigt sich ein positiver Trend. Zahlreiche Parteien zeigten

ihre Unterstützung für den schärferen Gegen-vorschlag und drückten damit aus, dass Waffene-xporte, welche die Menschenrechte verletzen, unzumutbar sind.

#### Blick nach vorne

Nach dem Blick zurück gab es einen Schwenk in die Zukunft. Über die bevorstehende Abstimmung der Kriegsgeschäfte-Initiative wurde der Stand der Mobilisierung mitgeteilt. Die diesjährige Vollversammlung fand aufgrund des Covid19-Virus in einer verkürzten Form statt. Dennoch waren sich die meisten einig: Es war wichtig und notwendig auch in einer schwierigen Zeit eine Vollversammlung abzuhalten, auch wenn dies nur online möglich war. .... KISH PAUL

#### KRIEGSGESCHÄFTE-INITIATIVE

## DIE BASISKAMPAGNE

**Seit Oktober ziehen in der ganzen Schweiz hunderte von Aktivist\*innen durch ihre Städte, Dörfer und Quartiere. Ziel ist es bis zur Abstimmung am 29. November 600'000 Flyer in Briefkästen in der ganzen Schweiz zu verteilen. Mithilfe der kantonalen Sektionen der Jungen Grünen, wurden zu diesem Zweck Regionalkomitees gegründet, welche die Koordination für die einzelnen Kantone übernehmen.**

In diesen Tagen verteilen Aktivist\*innen die letzten der ursprünglich über eine halbe Million Flyer für ein Ja zur Kriegsgeschäfte-Initiative. In kleineren Gruppen aber auch alleine ziehen Mitglieder der Jungen Grünen, der GSoA, des Bündnisses und sonst Freiwillige durch die ganze Schweiz. Die Flyeraktionen werden mithilfe eines online Kartentools koordiniert. Dieses ermöglicht geplante Flyeraktionen einzutragen, bereits abgedeckte Gebiete einzusehen, sich bestehenden Gruppen anzuschliessen und gibt damit einen guten Überblick über die bereits abgedeckten Gebiete.

Die Regionalgruppen koordinieren neben den Briefkastenflyeraktionen auch Leser\*innenbriefe in lokalen und nationalen Medien und Nachbarschaftsbriefe, stellen Allwetterplakate und organisieren auch mal kleinere Aktionen auf der Strasse.

Neben den Flyeraktionen zielt der gefaltete Papierpanzer als Visual der Initiative rund 270 Plakatflächen in der ganzen Schweiz und in einigen Kantonen ist er auch auf Allwetterplakate an Strassenlaternen und auf Feldern anzutreffen.

..... LOUISA BÜHLER



KGI-Aktion: Louise Schneider erneut in Aktion auf dem Bundesplatz. Foto: GSoA

#### LANCIERUNGS-AKTION

## GELD FÜR WAFFEN TÖTET IMMER NOCH

**Kaum ist der Abstimmungskampf über die Kampfjet-Milliarden vorbei, beginnt bereits der nächste: Am 1. Oktober lancierten wir den Abstimmungskampf über die Kriegsgeschäfte-Initiative mit einer symbolischen Aktion auf dem Bundesplatz.**

Das Bild ging um die Welt: Louise Schneider, Friedensaktivistin seit ihrer Kindheit, sprayte in grossen Buchstaben «Geld für Waffen tötet» an die Wand der Schweizer Nationalbank. Der rote Schriftzug mit der einfachen Botschaft war in unzähligen Medien zu sehen. Am selben Tag lancierten wir unsere Kriegsgeschäfte-Initiative, welche die Milliarden-Investitionen der Schweiz in Rüstungskonzerne auf der ganzen Welt unterbinden will.

Nun, dreieinhalb Jahre später, steht der Abstimmungskampf an. Lanciert wurde dieser er-

neut zusammen mit Louise Schneider. Im hellen Herbstlicht desinfizierte sie zusammen mit weiteren Aktivist\*innen der GSoA und der Jungen Grünen auf dem Bundesplatz überdimensionale Banknoten. Damit machte sie auf die schmutzigen Kriegsgeschäfte der Schweiz aufmerksam, die genauso tödlich wie ein Virus sein können. Die Schweizerische Nationalbank beispielsweise, die sich auf der gegenüberliegenden Seite des Bundesplatzes befindet, investierte allein im ersten Halbjahr 2019 1'500'000'000 Dollar in US-amerikanische

Firmen, die Kriegsmaterial produzieren – wohl-gemerkt sowohl konventionelles als auch geächtetes. Aber auch über Stiftungen, Pensionskassen und Versicherungen fliessen jedes Jahr Milliarden in die internationale Rüstungs-industrie, die in Kriegen und Krisenzeiten besonders viel Umsatz macht.

Die Kriegsgeschäfte-Initiative will das verhindern: Statt Profitmaximierung auf Kosten von Menschenleben wollen wir einen Finanzplatz, der sein Geld so anlegt, dass das Leben von Menschen verbessert wird und sicher nicht so, dass ihnen geschadet wird. Denn Louise hat Recht – Geld für Waffen tötet.

..... NADIA KUHN

KAMPFJETS

## EINE ULTRAKNAPPE NIEDERLAGE AUF DEM WEG ZU EINER ARMEEFREIEN SCHWEIZ

**Am späten Nachmittag des 27. Septembers war es klar: Die Stimmbevölkerung stimmte der Beschaffung neuer Milliarden-Kampfjets hauchdünn mit wenigen Tausend Stimmen Unterschied zu. Auch wenn ein solches Zufallsmehr natürlich ein enttäuschendes Resultat ist, können wir trotz allem sehr stolz auf uns ein: Wir haben die Rüstungslobby und das VBS gehörig das Fürchten gelehrt. Das Abstimmungsresultat ist eine Zäsur für die Schweizer Sicherheitspolitik.**

An jedem Podium und jeder Veranstaltung zur Kampfjet-Beschaffung war es zu spüren: Die Vertreterinnen und Vertreter von Armee und rechten Parteien, die für die neuen Kampfjets weibelten, waren nervös. Sehr nervös. Sie hatten Angst, dass die Bevölkerung am 27. September NEIN zu neuen Kampfflugzeugen sagen würde. Im Laufe des Abstimmungskampfes stilisierte das Pro-Lager die Abstimmung zu einer neuen Armeeabschaffungs-Initiative herauf. Sie hatten ja nicht ganz unrecht: Ein Nein zu dieser Vorlage hätte ein Nein zur militärisch dominierten Sicherheitspolitik der letzten Jahrzehnte bedeutet. Das VBS betonte zwar immer, dass es keinen eigentlichen Abstimmungskampf führe, doch es warf alles in die Waagschale. Mehrmals überschritt das Militärdepartement die rote Linie und betrieb – man kann es nicht anders sagen – Behördenpropaganda für die milliardenschwere Vorlage. Und dann folgte am 27. September der Paukenschlag: 49.86% der Stimmentenden schlossen sich unserem Referendum an. Bei einer Rekord-Stimmbeteiligung lehnten fast 1.6 Millionen Menschen die Milliarden-Kampfjets ab. Fast die Hälfte der Stimmbevölkerung sagte am letzten Abstimmungssonntag Ja zu einer Schweiz ohne hochgerüstete Luftwaffe und schliesslich auch Ja zu einer Schweiz, die ihr Geld in Frieden und nicht in den Krieg investiert. Wenn VBS-Vorsteherin Viola Amherd in Interviews sagte, dass bei einem NEIN die Armee infrage gestellt sei, dann ist das Resultat vom 27. September eine schallende Ohrfeige. Denn ein grosser Teil der Bevölkerung – weit über das linksgrüne Lager hinaus – stellte die Armee auf ihrem Stimmzettel massiv infrage. Das Resultat bedeutet eine Zäsur für die

Schweizer Sicherheitspolitik und eine massive Niederlage für das Verteidigungsdepartement. Ein «weiter so wie bisher» kann und darf es nicht mehr geben. Es braucht nun einen Marschhalt und einen Stopp aller Aufrüstungsprojekte der Schweizer Armee.

### Rüstungslobby springt aus dem Schatten

Nach dem Entscheid der Bevölkerung geht nun der Rüstungslobby-Wahnsinn erst richtig los. Die Herstellerfirmen neuer Kampfjets werden in den nächsten Monaten nichts unversucht lassen, damit ihr Kampfjet vom Bundesrat ausgewählt wird. Indem die Bevölkerung nicht über ein konkretes Projekt, sondern nur über einen Blankoscheck entscheiden konnte, wurde ein Buebe-Trickli angewendet, welches in der Schweizer Demokratie-Geschichte wohl seinesgleichen sucht. Noch selten stimmte die Bevölkerung über ein Referendum ab, ohne so wenig über den konkreten Inhalt der Vorlage zu wissen. Gerade ein so knappes Resultat delegitimiert das Projekt erst recht.

### Wir kämpfen weiter

Für die GSoA ist klar: Klein beigeben ist keine Option. Wir werden den nun anlaufenden Beschaffungsprozess genauestens verfolgen und überall dort den Finger draufhalten, wo es nach Korruption, Mauseheleien oder unsauberen Entscheidungen aussieht. Aufgrund dessen, dass das Resultat extrem knapp ausgefallen ist, prüft die GSoA die Lancierung einer Volksinitiative gegen den konkreten Kauf neuer Kampfflugzeuge. Wenn faktisch die Hälfte der Bevölkerung einem GSoA-Referendum folgt,

dann zeigt dies vor allem eines: Die GSoA ist weiterhin die treibende Kraft in der Schweizer Sicherheits- und Friedenspolitik. Die nächste Abstimmung über die Kriegsgeschäfte-Initiative folgt sogleich. Und klar ist: Wir werden weiterhin für eine Schweiz ohne Armee kämpfen. Für eine Schweiz, die ihr Geld in den Frieden investiert und nicht in den Krieg.

..... LEWIN LEMPERT



Das Kampagnenteam am Abstimmungsanlass vom 27. September 2020. Foto: GSoA

ARMEEBOTSCHAFT

## 21,1 MILLIARDEN – DIE TEUERSTE ARMEEBOTSCHAFT ALLER ZEITEN

**Trotz Corona-Pandemie, Wirtschaftskrise und fehlendem Rückhalt in der Bevölkerung – die Armee hat einen immensen Einkaufszettel für den unwahrscheinlichsten Fall durch das Parlament gebracht.**

Die Armeebotschaft 2020 ist die teuerste aller Zeiten. Mehr als 21 Milliarden will das VBS in den nächsten vier Jahren zum Fenster rauswerfen. Neben den beantragten Krediten in der Höhe von 1'354 Millionen Franken für das Rüstungsprogramm 2020 sind in den nächsten Jahren zusätzlich sechs Milliarden für neue Kampfjets, zwei Milliarden für neue Bodenluft-Raketen und weitere sieben Milliarden für die Erneuerung der Bodensysteme eingeplant. Damit all dies möglich ist, wird das Budget der Armee um 1,4% pro Jahr erhöht.

Dabei sind die geplanten Beschaffungen auf das unwahrscheinlichste Szenario ausgerichtet: den Kriegsfall. Dass die Schweiz von einem

Nachbarland angegriffen wird, ist in etwa so wahrscheinlich wie ein Angriff aus dem All. Für viel wahrscheinlichere Risiken fehlt scheinbar das Geld. Mit neuen Kampfpanzern und Flugzeugen lässt sich der Klimawandel oder eine Pandemie nicht aufhalten – im Gegenteil. Panzer und Flugzeuge verschmutzen die Luft noch mehr und kosten so viel, dass für das Gesundheitswesen oder den Zivil- und Bevölkerungsschutz nur noch ein Applaus der Bevölkerung übrigbleibt. Es wird Zeit, dass wir uns auf die wirklichen Bedrohungen vorbereiten und nicht Milliarden für ein unglaubliches Szenario aus dem Fenster werfen.

..... MORITZ LANGE

ZIVILDIENTST

## SIEG FÜR ZIVILEN ERSATZDIENST UND PAZIFISTISCHE SCHWEIZ

**Die GSoA stand zusammen mit anderen Organisationen schon bereit, um das Referendum zu ergreifen. Wir warteten lediglich auf die Schlussabstimmung im Parlament. Völlig überraschend versenkte der Nationalrat dann aber glücklicherweise die zahlreichen Verschlechterungen des Zivildienst-Gesetzes.**

Es war letztendlich auch eine massive Niederlage für VBS-Vorsteherin Viola Amherd und die gesamte Armee. 2019 beschloss der Bundesrat die Anzahl der Zulassungen zum zivilen Ersatzdienst zu senken. Diese Revision des Gesetzes über den zivilen Ersatzdienst stellte einen klaren politischen Angriff auf den Zivildienst dar, denn die Sollbestände der Armee waren in den letzten Jahren nie grundlegend in Gefahr. Die Verschlechterungen verfolgten einen anderen Zweck: Wer einmal in der Armee ist, soll auch dortbleiben.

Seit Jahrzehnten setzt sich die GSoA für einen starken zivilen Ersatzdienst zur Militärpflicht ein. Die Erkämpfung des Zivildienstes war ein langwieriger und zäher Prozess. Jahrzehntlang wurden jährlich hunderte Männer, die aus Gewissensgründen keinen Militärdienst absolvieren wollten, eingesperrt. Im Jahr 1992 befürworteten dann die Schweizerinnen und Schweizer mit 82 Prozent die Einführung des Zivildienstes. Das Gesetz zur Umsetzung des Zivildienstes trat 1996 in Kraft. Die Schweiz war damit bei der Einführung eines zivilen Ersatzdienstes eines der Schlusslichter in Europa. Wer zum Zivildienst wechseln wollte, musste

eine Gewissensprüfung über sich ergehen lassen. Erst 2009 wurde diese willkürliche Hürde abgeschafft.

Eine Rückkehr in vergangene Zeiten konnte somit vorerst abgewendet werden. Der nächste bürgerliche Angriff wurde aber bereits lanciert. Die FDP ging Mitte September mit einer Motion eines «Bürgerdienstes» an die Öffentlichkeit. Die Argumentation ist die gleiche wie bei den Angriffen auf den zivilen Ersatzdienst. Der Dienstbestand der Armee soll gesichert werden. Auch Frauen sollen unter dem Vorwand der Gleichstellung diesen Dienst zukünftig leisten müssen. Dabei leisten Frauen bereits in der Gegenwart sehr viel und müssen nebst Ausbildung und Beruf häufig auch die unbezahlte Care-Arbeit übernehmen.

Dass das Pro-Armee-Lager vermehrt auf Zwänge und wie zuletzt bei der Abstimmung zu den Luxus-Kampfjets auf Aufrüstung setzt, ist eine deutliche Reaktion darauf, dass die ideelle Zustimmung zu einer Armee in der Schweiz immer mehr verschwindet. Die GSoA wird sich auch in Zukunft dafür einsetzen, um den veralteten Ideen der Armee entgegenzutreten.

..... KISH PAUL

# KRIEGSGESCHÄFTE-INITIATIVE

INITIATIVE

## GEGEN DIE SCHWEIZER KRIEGSGESCHÄFTE!

**Kriege und bewaffnete Konflikte wüten überall auf der Welt. Viele dieser Konflikte gehen in der Flut der Medienberichterstattung verloren. Sichtbar aber werden sie, wenn man den stetig steigenden Umsatz der Rüstungsindustrie betrachtet: Das Geschäft mit dem Tod floriert. Die Kriegsgeschäfte-Initiative will verhindern, dass sich die Schweiz daran beteiligt.**

2019 starben weltweit 75'600 Personen in insgesamt 152 kriegerischen Situationen. Die in diesen Konflikten eingesetzten Waffen werden von Rüstungsunternehmen auf der ganzen Welt hergestellt. Sie werden entweder an die Konfliktparteien verkauft oder gelangen durch die Hintertür in die Konfliktgebiete. Das Volumen der internationalen Transfers von Kriegsmaterial stieg im Zeitraum 2009–13 sowie 2014–18 um 7,8 Prozent und erreichte damit den höchsten Stand seit dem Ende des Kalten Krieges.

Es gibt unzählige Ansätze und Wege, Kriege präventiv zu verhindern und Eskalationen zu beruhigen. Die seit dem Ende des Kalten Krieges anhaltende militärische Aufrüstung der gesamten Welt gehört aber ganz klar nicht dazu. Jahr für Jahr wird mehr Kriegsmaterial produziert und verkauft, die Welt gibt immer mehr für ihre Armeen aus. Dieses Übervorhandensein von Waffen ist eine tickende Zeitbombe. Nicht nur, weil einmal entfachte Konflikte sehr schnell in unnötiger Waffengewalt ausarten können, sondern auch, weil die Militär- und Rüstungsausgaben die verfügbaren Ressourcen für wirtschaftliche, ökologische und soziale Investitionen und Massnahmen verschleissen. Von diesem Missverhältnis zwischen militärischer und ziviler Sicherheitspolitik profitiert vor allem die Rüstungsindustrie: 2019 wurden pro Weltbürger\*in fast 250 Franken für das Militär ausgegeben. Das entspricht gegenüber dem Vorjahr einer Steigerung von 3,6 Prozent und stellt 2,2 Prozent des globalen Bruttosozialprodukts dar.

### Die Rolle der Schweiz

Bevor Kriegsmaterial jedoch produziert und Konfliktparteien mit Waffen versorgen werden können, muss die Rüstungsindustrie erst einmal finanziert werden. Hier spielt die Schweiz eine zentrale Rolle: Rüstungsunternehmen sind genauso wie andere Unternehmen auch auf Dritt-

mittel angewiesen, die sie auf den Finanzmärkten in Form von Aktienkapital, Anleihen oder kurzfristigem Fremdkapital aufnehmen. Die Schweiz hat einen der grössten und wichtigsten Finanzplätze der Welt und verwaltet 27 Prozent des grenzüberschreitenden Vermögens weltweit. Ungefähr die Hälfte dieser Gelder stammen aus dem Ausland. Beim Rest aber handelt es sich um Geld, das der Schweizer Bevölkerung gehört – etwa Privatvermögen, aber genauso Gelder aus der beruflichen und privaten Vorsorge. Via Banken, Vorsorgefonds und Versicherungsge-

Insgesamt 5500 Fahnen an Balkonen und Fenstern werben derzeit schweizweit für ein JA zur Kriegsgeschäfte-Initiative. Foto: GSoA



sellschaften gelangt dieses Geld in die Rüstungsindustrie. Ein Beispiel: Eine Pensionskasse, die einen Teil ihres Anlagevermögens in Aktien im Ausland investiert und dafür Standard-Vorlagen von internationalen Aktienmarkt-Indexfonds verwendet, investiert ebenfalls unweigerlich in den Atomwaffenproduzenten Lockheed Martin, da der Konzern beispielsweise einen Anteil von 0,24 Prozent am MSCI World, einem der gängigsten internationalen Aktienmarkt-Indexfonds, hat.

Das Geld, das über unsere Banken, Vorsorgefonds und Versicherungsgesellschaften in die Rüstungsindustrie gelangt, macht uns zu Kompliz\*innen von Unternehmen, die von Kriegen profitieren – oft ohne unser Wissen. Deshalb ist ein Mitentscheidungsrecht darüber, wie unser Geld investiert wird, dringend notwendig. Zudem kann sich die Schweiz als neutraler Staat und Depositärstaat der Genfer Konventionen eine Politik der Gewinnmaximierung auf Kosten von Menschenleben nicht leisten.

Ein Ausschluss sämtlicher Kriegsmaterialproduzenten ist aber nicht nur aus ethischer und pazifistischer Sicht zwingend, sondern sogar wirtschaftlich sinnvoll: Wer in nachhaltige Anlageprodukte investiert, kann oft auch mit einer besseren Rendite rechnen. So hat beispielsweise der MSCI World Socially Responsible Index (MSCI SRI) in den letzten knapp zehn Jahren eine bessere Performance aufgewiesen als der normale MSCI World, der nebst anderen fragwürdigen Unternehmen auch in Rüstungskonzerne investiert. Nachhaltige Fonds weisen zudem aufgrund ihrer veränderten Zusammensetzung eine geringere Volatilität auf, weswegen sie auch tendenziell weniger empfindlich für Börsencrashes sind.

..... NADIA KUHN

## JA ZUR KONZERN- VERANTWORTUNGS- INITIATIVE

Nebst der Kriegsgeschäfte-Initiative wird am 29. November 2020 auch die Konzernverantwortungs-Initiative zur Abstimmung kommen. So unterschiedlich die beiden Anliegen auch sein mögen, so gibt es doch gewisse inhaltliche Verbindungen: Bei beiden Initiativen geht es im Kern um die Frage, was im Schweizer Finanz- und Wirtschaftsplatz vertretbar ist und was nicht. Darf die Wirtschaft ohne Rücksicht auf Verluste weitermachen wie bisher, oder setzen wir ihr als Gesellschaft gewisse rote Linien, die sie nicht übertreten darf? Es bleibt zu hoffen, dass die Schweizer Bevölkerung sich für das letztere ausspricht – für Frieden, Umweltschutz und Menschenrechte.

KRIEGSGESCHÄFTE-INITIATIVE

## DER GEWINN MIT DER NACHHALTIGKEIT

**1000 Franken mehr pro Kopf – das hätten die Pensionskassen erwirtschaften können, wenn sie ihr Vermögen ausschliesslich nachhaltig angelegt hätten.**

Nachhaltiges Investieren ist schon längst in aller Munde. Nachhaltigkeit dient dabei als Sammelbegriff für alles, was mit sozialverantwortlichen, umweltfreundlichen oder ethischen Investitionen zusammenhängt. Nachhaltige Geldanlagen schliessen regelmässig Firmen aus, die gewisse Kriterien nicht erfüllen, oder aber fördern spezifisch nachhaltige Unternehmen und Sektoren.

Gründe, nachhaltig zu investieren, gibt es viele. Institutionellen Investoren geht es häufig darum, einen Image-Schaden vorzubeugen oder den Umgang mit den eigenen Finanzen in Einklang mit der Unternehmensphilosophie zu bringen. Ein häufiger Grund für den Entscheid, auf nachhaltige Anlagestrategien zu setzen, ist natürlich auch die Tatsache, dass kein Zweifel daran besteht, dass Geld eine Wirkung hat – und man es deswegen mit einem Mindestmass an Anstand einsetzen sollte. Ein weiterer Grund aber ist der potentielle Gewinn, den man mit nachhaltigen Anlagen machen kann.

Die Vermutung, dass nachhaltiges Anlegen gar nicht so renditefeindlich ist, wie häufig proklamiert wird, wird durch mehr und mehr Studien belegt. Schaut man in die Performance des Finanzdienstleisters MSCI, dann wird schnell klar, dass man diese Vermutung eigentlich in Stein meisseln sollte. Vergleicht man einen Standard-Index von MSCI, den MSCI World – ein breit gefasster globaler Aktienindex, der die Wertentwicklung von Aktien aus grossen und mittelgrossen Unternehmen in total 23 Ländern abbildet und damit pro Land ungefähr 85% der Marktkapitalisierung abdeckt – mit seinem nachhaltigen Counterparts, dem MSCI World SRI Index – der die selben 23 Länder abbildet, dabei aber auf Unternehmen mit herausragenden Umwelt-, Sozial- und Governance-Ratings setzt und Firmen ausschliesst, deren Produkte negative soziale oder ökologische Auswirkungen haben – dann lässt sich folgendes feststellen: Zwischen Juni 2019 und Juni 2020 hat der MSCI

World Index eine Gesamtrendite von 2,88 Prozent verbuchen können. Der nachhaltige MSCI World SRI hingegen weist eine Rendite von 9,24 Prozent auf. Dieser stolze Unterschied von 6,36 Prozent macht eine ganze Menge Geld aus. Das lässt sich am Besten an einer hypothetischen Rechnung aufzeigen. Der MSCI World dürfte ungefähr jene Firmen abbilden, in die unser Pensionskassenvermögen fliesst, wenn sich die Pensionskassen nicht für eine nachhaltige Anlagestrategie entschieden haben. Die Pensionskassen der Schweiz legen total etwa 151,2 Milliarden Franken in ausländischen Aktien an. Rechnet man auf diesen Betrag die 6,36 Prozent Renditeunterschied dazu, so kommt man auf 160,8 Milliarden. So hätte der Betrag in ausländische Aktien ausgesehen, wenn sich die Pensionskassen im Ganzen für nachhaltige Anlagen entschieden hätten. Diese neun Milliarden Unterschied machen pro Kopf ungefähr 1000 Franken aus. 1000 Franken mehr Pensionskassenvermögen pro Person ist ein ziemlich guter Grund, auf nachhaltige Anlagen zu setzen.

..... MAGDALENA KÜNG

STUDIE

# SCHWEIZER MILLIARDEN, DIE LEBEN VERNICHTEN

**Satte 15,3 Milliarden Dollar investieren Schweizer Finanzinstitute laut einer Studie von Profundo in Kriegsmaterialproduzenten. Allein diese Zahl reicht aus, um die Notwendigkeit der Initiative gegen Kriegsgeschäfte zu belegen. Aber ein genauer Blick auf die Studie zeigt, dass das alleine noch nicht alles ist, was für ein JA zur Initiative spricht.**

Nicht weniger als 15,3 Milliarden USD werden von Schweizer Finanzinstitutionen in die internationale Rüstungsindustrie investiert, sei es durch Darlehen, Kredite oder die Anlage von Geldern in Fonds, welche in die Wertpapiere von Kriegsmaterialproduzenten investiert werden. Es überrascht nicht, dass die Hauptinvestoren die UBS (6,21 Milliarden), die Credit Suisse (5,16 Milliarden) und die Schweizerische Nationalbank (1,96 Milliarden) sind. Ein grosser Teil der Investitionen erhalten die vier führenden US-Rüstungsunternehmen Raytheon, Honeywell, Boeing und Lockheed Martin – allesamt Atomwaffenproduzenten.

Das Ausmass diese Finanzierung lässt sich anhand der Anlagepolitik der UBS, der Credit Suisse und der Schweizerischen Nationalbank klar erklären. Die Analyse von Profundo konzentriert sich auf 16 spezifische Kriterien, die sowohl Fragen der Transparenz als auch den Ausschluss von Investitionen in die verschiedenen Kategorien international verbotener Waffen oder den Ausschluss von Investitionen in konventionelle Waffen betreffen. Das Resultat ist eindeutig: Mit einem Ergebnis von 3,1 Punkten von 10 für die UBS und für die Crédit Suisse und einem Ergebnis von 3,8 Punkten von 10 für

die SNB wird deren Investitionspolitik in diesem Bereich als «höchst unzureichend» beziehungsweise als «ungenügend» eingestuft.

### Ignoranter Bundesrat

Kommen wir zur Frage der direkten Finanzierung: Die Studie zeigt, dass die Credit Suisse und die UBS Darlehen in der Höhe von 1,4 Milliarden bzw. 600 Millionen an Unternehmen vergeben haben, die Kriegsmaterial herstellen. Soweit überrascht das nicht. Ein genauerer Blick auf die Daten zeigt jedoch, dass Rüstungsfirmen, die international verbotene Waffen produzieren – beispielsweise Raytheon, Boeing und Northrop Grumman – in der Liste der Empfänger dieser Kredite aufgeführt sind. Dies widerspricht eindeutig Artikel 8b des Kriegsmaterialgesetzes: «Die direkte Finanzierung der Entwicklung, der Herstellung oder des Erwerbs von verbotenem Kriegsmaterial ist verboten.» Weiter heisst es: «Als direkte Finanzierung im Sinne dieses Gesetzes gilt die unmittelbare Gewährung von Krediten, Darlehen (...)» (Art. 8b Abs. 2 KMG).

Auch wenn die Zahlen eine völlig andere Sprache sprechen, ist Bundesrat Parmelin überzeugt: «Es ist falsch zu argumentieren, dass das

derzeitige Finanzierungsverbot im Kriegsmaterialgesetz zu schwach ist.» Es ist aber eindeutig: Das Verbot ist eindeutig zu schwach und es wird offensichtlich nicht respektiert.

### Keine Investitionen in Schweizer Rüstungsfirmen

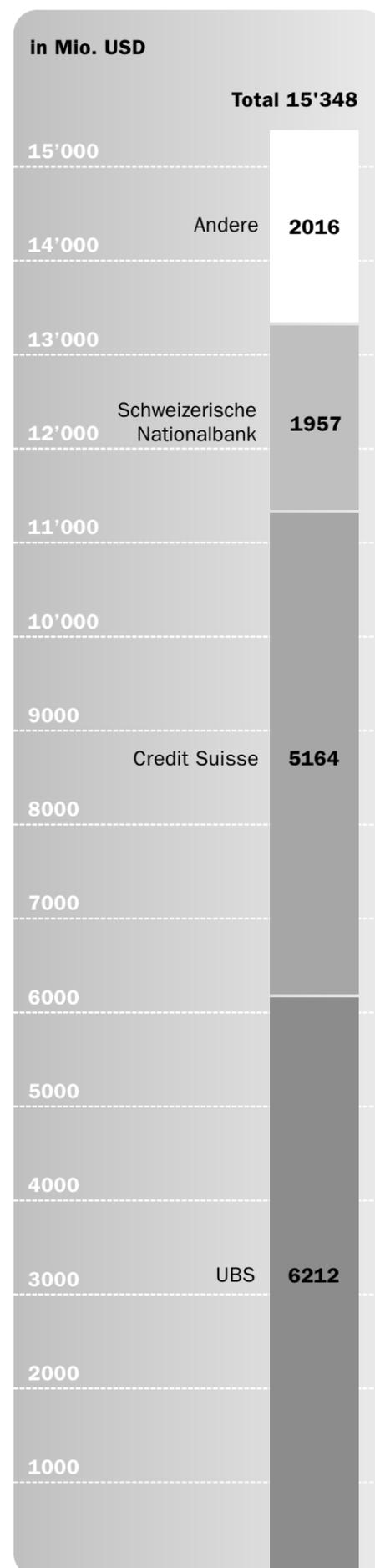
Die Profundo-Studie zeigt auch: Keines der besagten Schweizer Finanzinstitute investiert in die vier grossen Schweizer Rüstungsunternehmen Ruag, Pilatus, Rheinmetall Air Defence und Mowag. Somit wird die alarmierenden Rhetorik unserer Gegner\*innen, dass die Initiative

eine wirtschaftliche Katastrophe herbeiführen, den Tod dieser Unternehmen bedeuten und Massentlassungen zur Folge haben würde, schlicht belanglos.

Zusammengefasst können wir also aus der Profundo-Studie folgendes folgendes Fazit ziehen und belegen: JA, Schweizer Geld tötet; NEIN, der gegenwärtige Rechtsrahmen reicht nicht aus und NEIN, diese Initiative wird keine katastrophalen Auswirkungen auf die Schweizer Wirtschaft haben. Das sind weitere Gründe, um am 29. November JA zur Kriegsgeschäfte-Initiative zu stimmen und andere Menschen davon zu überzeugen, dies ebenfalls zu tun!

..... THOMAS BRUCHEZ

### FINANZIERUNG DER KRIEGSMATERIALPRODUZENTEN DURCH SCHWEIZER FINANZINSTITUTE



DAS SAGEN DIE GEGNER\*INNEN

## FADENSCHENIGE ARGUMENTE

«Diese Initiative erhöht die Verwaltungskosten, hat einen negativen Einfluss auf die Erträge und erhöht das Risiko für die AHV-Ausgleichskassen, die Pensionskassen sowie für die Nationalbank.»

**FALSCH.** Die zusätzlichen Verwaltungskosten sind sehr gering, denn jeder Finanzdienstleister bietet bereits Investitionsfonds an, in denen keine Kriegsmaterialproduzenten enthalten sind. Die Produkte müssen also nicht noch erst generiert werden. Die Pensionskassen können sich zudem Vereinen anschliessen, die spezifische Nachhaltigkeitskriterien berücksichtigen und ihre Mitglieder dahingehend beraten. Es gibt aber auch unzählige Screening-Angebote, über die ein massgeschneidertes, rüstungsfreies Portfolio zusammengestellt werden kann. Dieser kleine finanzielle Mehraufwand zahlt sich aus: nachhaltige Finanzprodukte verbessern nachweislich das Risiko-Profil von Geldanlagen. So bieten nachhaltige Fonds einen marktüblichen Ertrag, in einigen Fällen sogar einen höheren als klassische Fonds, sind aber weniger angreifbar, da sie keine Firmen enthalten, die wegen ihrer Produkte in naher oder ferner Zukunft in Verruf geraten könnten. Von negativen Einflüssen auf die Erträge der betroffenen Institutionen zu reden, ist ausserdem reine Panikmache: Unser Vorsorgekapital könnte durchschnittlich pro Kopf bis zu 1000 Franken mehr betragen, wenn die Pensionskassen ihr Vermögen ausschliesslich nachhaltig angelegt

hätten. Die besseren Erträge kompensieren somit bei weitem potentiell höhere Verwaltungskosten.

«Die KMUs und Mikrounternehmen, die 98% der MEM-Industrie ausmachen, werden besonders hart durch diese Initiative getroffen.»

**FALSCH.** Laut unseren Gegner\*innen werden grosse Firmen weiterhin Geld aus dem Ausland bekommen, KMUs und Mikrounternehmen hätten aber Probleme, an Kredite zu kommen. Dieses Argument hat ganz klar zum Ziel, die Bevölkerung zu verunsichern. Denn die MEM-Industrie ist diversifizierter, als sie der Bundesrat darstellt – und besteht längst nicht überwiegend aus Kriegsmaterialproduzenten. Die Schweizer Gesetzgebung definiert Kriegsmaterial sehr genau. Im Anhang der Kriegsmaterialverordnung findet sich eine Liste mit Produkten, die als Kriegsmaterial gelten. Ausschliesslich jene Firmen, die eines oder mehrere dieser Produkte produzieren, würden indirekt von der Kriegsgeschäfte-Initiative tangiert. Dies aber auch nur dann, wenn der Abs. 4 der Initiative rigoros umgesetzt wird. Da die wenigsten dieser Firmen börsenkotiert sind, sind Formen der indirekten Finanzierung ohnehin nicht relevant für sie. Schweizer Banken und Pensionskassen legen ihr Geld nämlich grösstenteils passiv an, indem sie in Aktienindizes investieren. Diese beinhalten jedoch logischerweise weder die Schweizer KMU noch

die Mikrounternehmen. Zudem darf bei einer Annahme der Initiative nur in jene Firmen nicht mehr länger investiert werden, bei denen die Kriegsmaterialproduktion mehr als 5% des Jahresertrags ausmacht. Es ist offensichtlich, dass die meisten Firmen der Schweizer MEM-Industrie diese Voraussetzungen nicht erfüllen.

«Wenn die Schweiz nicht mehr in Rüstungsgüter investiert, machen es andere.»

**NICHT GANZ FALSCH, ABER:** Gemäss unseren Gegner\*innen verändert diese Initiative das Angebot und die Nachfrage auf dem Weltmarkt nicht. Das mag in einem ersten Moment stimmen. Sie unterschätzen dabei aber, wie wichtig und einflussreich der Schweizer Finanzplatz ist. Ein Viertel des weltweiten Vermögens wird durch Schweizer Banken verwaltet, was unseren Finanzplatz zu einem der grössten und einflussreichsten Finanzzentren weltweit macht: Im Global Financial Centres Index 27 befindet sich bspw. Zürich auf Platz 14. Wenn das Schweizer Stimmvolk entscheidet, dass aus unserem Land kein Franken mehr in die internationale Rüstungsindustrie fliessen soll, dann ist das ein enormes Zeichen und trägt dazu bei, die Rüstungsindustrie endlich als das zu sehen, was sie ist: Ein zerstörerischer Moloch mit einer gefährlichen, selbstgerechten Dynamik. Eine Annahme der Initiative hätte eine wichtige Signalwirkung für andere Länder: Die Rüstungsindustrie gefährdet unsere Zukunft – und das sollte niemand finanzieren.

..... ALINE BRESSOUD

## INTERNATIONAL

## KRIEGSMATERIALEXPORTE

## LANGE SCHATTEN DRECKIGER GESCHÄFTE

**Im letzten halben Jahr wurde so viel Kriegsmaterial wie schon lange nicht mehr exportiert. Und die Kunstsammlung Bührle in Zürich zeigt, wie lange Geld aus Kriegsgeschäften für Diskussionen sorgt.**

Für 500 Millionen Franken hat die Schweiz im ersten Halbjahr 2020 Kriegsmaterial exportiert. 184 Prozent mehr als in der Vergleichsperiode im Jahr davor und einige grössere Geschäfte scheinen noch nicht abgeschlossen. Das Rekordjahr 2011 mit Kriegsmaterialexporten für 873 Millionen Franken scheint in greifbarer Nähe zu liegen. Grösster Abnehmer war Indonesien mit 110 Millionen Franken, gefolgt von Dänemark mit 80 Millionen und Botswana mit 64 Millionen. Ein genauer Blick auf Indonesien

als Hauptabnehmer Schweizer Rüstungsgüter offenbart eine katastrophale Menschenrechtsbilanz. Es kommt zu aussergerichtlichen Hinrichtungen durch Sicherheitskräfte, religiöse Minderheiten werden strukturell unterdrückt, der Staat verfolgt Menschen auf Grund ihrer sexuellen Orientierung und wenn sich Indigene gegen die Abholzung ihrer Heimatgebiete wehren, bekommen sie staatliche Repression zu spüren. Bleibt zu hoffen, dass die Korrektur-Initiative oder der Gegenvorschlag des Bundes-

rates diesem Treiben bald einen Riegel schieben wird.

### Dreckiges Geld wird nicht sauber

Wie lange mit Kriegsmaterial verdientes Geld dessen Profiteure einholen kann, zeigt die Kontroverse um die Kunstsammlung Bührle in Zürich. Als grösster Schweizer Waffenexporteur im Zweiten Weltkrieg machte Bührle ein Vermögen mit Exporten an die Achsenmächte. Einen Teil dieser Profite investierte er in eine Kunstsammlung, die bald im Zürcher Kunsthaus zu sehen sein soll. Die Unabhängigkeit der wissenschaftlichen Studie, welche die Stadt Zürich zur Begleitung der Integration der Sammlung

Bührle ins Kunsthaus in Auftrag gegeben hat, wurde kürzlich in der Woz massiv in Frage gestellt. Einer der Hauptautoren der Studie, der Historiker Erich Keller, bemängelte, dass Änderungsvorschläge – sogar von der Bührle-Stiftung selbst – die zu einer massiven Entschärfung der Studie geführt hätten, durch die Projektleitung einfach übernommen wurden. Als schlechtes Vorbild dient das Höllentor von Rodin vor dem Kunsthaus, beschriftet mit den Worten: «Geschenk von Emil Georg Bührle, 1947». Die wohl noch wichtigere Zeile «1942 im Auftrag von Hermann Göring für das geplante Führermuseum Adolf Hitlers in Linz gegossen» fehlt leider. Ein weiteres Beispiel für selektive Geschichtswahrnehmung.

..... ADI FELLER

## AUFRÜSTUNGSSPIRALE

## UNLOGISCH UND VERLOGEN

**Mit einem Zufallsresultat wurde der Beschaffung neuer Kampfflugzeuge zugestimmt. Die Befürworter argumentierten, dass wir die Jets benötigen, um die Sicherheit für die Bevölkerung und unsere Freiheit zu gewährleisten. Dumm nur, dass diejenigen, die so argumentieren, mit ihrer Politik genau das Gegenteil tun.**

Waffen sind, soweit dürfte Einigkeit bestehen, eine Grundvoraussetzung, dass Kriege überhaupt so blutig geführt werden können, wie dies heute der Fall ist. Somit müssten jene, die mit dem Argument «Sicherheit» argumentieren, alles dafür tun, die Existenz von Waffen zu unterbinden. Man mag nun einwenden, dass diese Logik doch reichlich naiv sei, weil es immer Leute geben werde, die unberechenbar und machthungrig seien. Lassen wir dieses Argument – welches natürlich auch bei der Kampfjetbeschaffungsvorlage wieder Hochkonjunktur hatte – einmal im Raum stehen. Wenn wir aber der Überzeugung sind, dass wir uns gegen Aggressoren schützen müssen, dann wäre es zweifellos sinnvoll, diese Aggressoren nicht mit Waffen zu beliefern. RüstungsbefürworterInnen argumentieren, dass dies garantiert sei. Unser strenges Kriegsmaterialexportgesetz würde kritische Geschäfte unterbinden. Kampfjetbefürworter haben im Abstimmungskampf aber immer argumentiert, dass der Feind von heute der Feind von morgen sein könne. Spätestens hier hinkt die Argumentationskette der Waffenlobby definitiv. Wenn wir gar nicht ausmachen können, wer unsere Feinde sind, dann wissen

wir folgerichtig auch nicht, ob wir mit unseren Rüstungsexporten nicht unsere potenziellen Feinde aufrüsten. 71 Länder standen im Jahr 2019 auf der Empfängerliste der Schweizer Rüstungsindustrie. 71 potenzielle Feinde die Rüstungsgüter im Wert von 728 Millionen Franken kauften. Die rechte Rüstungslobby setzt sich zudem immer dafür ein, dass die Schweizerische Nationalbank und die Pensionskassen weiterhin in Unternehmen investieren können, die Kriegsmaterial produzieren. Unverhohlen wird argumentiert, dass es aus Renditeüberlegungen nicht sinnvoll sei, Produzenten von Rüstungsgütern auszunehmen.

### Es reicht

Fazit: Die Rüstungslobby schlägt sich mit ihren unlogischen Argumenten gleich selbst. Sie dreht an der Rüstungsspirale um dann zu argumentieren, dass wir uns gegen hochgerüstete potenzielle Feinde schützen müssten. Es ist, als ob Pyromanen uns überzeugen möchten, dass wir uns gegen Feuer schützen müssten. Im Kern verbirgt sich hinter den vorgebrachten Scheinargumenten immer derselbe Motivationstreiber. Es geht ganz einfach darum, aus Rüstungsgeschäften Profit zu schlagen. VerliererInnen sind in erster Linie diejenigen, welche ihr Leben durch Waffen «made in Switzerland» verlieren. VerliererInnen sind wir aber alle, weil Mittel dort fehlen, wo sie dringend benötigt werden: Klimapolitik, Sozialpolitik, Bildungspolitik und Gesundheitspolitik müssen hintenanstehen. Es

zeigt sich mehr und mehr, dass immer breitere Bevölkerungskreise diese verlogene Politik satt haben. Das knappe Resultat bei der Kampfjetvorlage war ein klares Zeichen dafür. Motivation genug, um mit unserer ehrlichen Friedenspolitik fortzufahren.

..... MARTIN PARPAN



Die Schweiz schützt sich vor den «Feinden von morgen».

## KORREKTUR-INITIATIVE

## GUTE CHANCEN FÜR EINEN GRIFFIGEN GEGENVORSCHLAG

**Ende Juni 2020 ist die Frist für die Vernehmlassung zum Gegenvorschlag der Korrektur-Initiative abgelaufen. Von den Grünen bis zur CVP wird dabei die bessere Variante 2 des Gegenvorschlags favorisiert – ein gutes Zeichen.**

Der Bundesrat hat im März 2020 zwei Varianten eines indirekten Gegenvorschlags zur Korrektur-Initiative in die Vernehmlassung geschickt. Während Variante 2 fast alle Forderungen der Korrektur-Initiative erfüllt, stellt Variante 1 kaum eine Verbesserung dar.

So ist es keine Überraschung, dass bürgerliche Organisationen wie Economiesuisse oder der Schweizerische Gewerbeverband sowohl die Korrektur-Initiative als auch einen indirekten

Gegenvorschlag ablehnen. Das ganze stets mit dem Argument der «Gefährdung der Sicherheitsrelevanten Technologie- und Industriebasis (STIB)» – oder einfacher gesagt: der Rüstungsindustrie. Somit folgen sie der Devise Gewinnmaximierung über alles, egal welches menschliche Leid damit verursacht wird.

Da sieht es bei den Stellungnahmen der Kantone schon etwas besser aus. Nur drei von 22 Stellungnahmen lehnen einen Gegenvorschlag ab

(SZ, OW und NW). Elf Kantone sprechen sich für Variante 1 aus und acht Kantone, darunter beide Basel, Bern und Waadt, für Variante 2.

Bei den Bundeshausparteien sieht es noch besser aus. Einzig die SVP und die FDP sind, wenig überraschend, nicht für die Forderungen der Korrektur-Initiative zu haben. Die SVP lehnt sowohl die Initiative als auch einen Gegenvorschlag dazu kategorisch ab. Die FDP sieht in Variante 1 keine grosse Veränderung und stimmt wohl deshalb Variante 1 zu.

Grüne, SP, EVP, GLP und die BDP, allesamt Mitglieder der Allianz gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer, stellen sich klar hinter Va-

riante 2. Die CVP, welche nicht Mitglied der Allianz ist und sich in der parlamentarischen Diskussion um die BDP Motion, welche ähnliche Forderungen wie diejenige der Korrektur-Initiative beinhaltet, noch unentschieden zeigte, stellt sich nun auch hinter die Variante 2 und positioniert sich so erfreulicherweise klar zu den Forderungen der Korrektur-Initiative. Mit dem Ja der CVP zum indirekten Gegenvorschlag ist eine Mehrheit von National- und Ständerat für Variante 2 und damit für einen griffigen Gegenvorschlag zur Korrektur-Initiative. Jetzt heisst es zunächst abwarten. Der Bundesrat wird die Botschaft zur Korrektur-Initiative und einen Gegenvorschlag wohl in der Wintersession 2020 oder in der Frühlingssession 2021 ans Parlament überweisen.

..... MORITZ LANGE

REZENSION

## TEURE TURBULENZEN

**Das neue Buch von Sepp Moser zeigt, wie pannen- und korruptionsanfällig die Beschaffung von Kampffjets seit den 1960er Jahren ist.**

Eigentlich hat Sepp Moser, der bekannteste Aviatikjournalist der Schweiz, sein Buch für den Abstimmungskampf geschrieben. Um in diesem eine Rolle zu spielen, kam es aber zu spät raus. Dank dem Zufallsresultat hat es aber neue Aktualität gewonnen. Es bringt zahlreiche Argumente, warum es sich lohnt, bei der Beschaffung von Kampffjets – wie auch beim Verkauf von Militärflugzeugen – genau hinzuschauen.

Moser bezeichnet das bisherige Vorgehen bei der Beschaffung neuer Kampffjets als «totale Intransparenz» – als Reaktion auf den Absturz der Gripen wegen der «totalen Transparenz». Diesmal blieben «die Resultate der Typenerpro-

bungen streng geheim». Und so «sollen die Stimmbürger 6 Milliarden Franken bewilligen, ohne zu wissen, wofür das Geld verwendet werden soll». Allerdings zieht Moser daraus den Schluss, dass solche «Volksbefragungen» zweifelhaft seien.

### Big Brother und Moulin Rouge

Über die vier Herstellerfirmen hat Moser, der bereits 1973 ein Buch zum Thema Kampffjets veröffentlicht hat, wenig Schmeichelhaftes zu sagen. Unter dem Titel «Big Brother ist startbereit» schildert er die Kontrolle der USA über die Verwendung ihrer Produkte. Zum F-35 hält Moser fest: «Als erstes Flugzeug seiner Art ist er über eine permanente Datenverbindung mit den USA verbunden. Alle wichtigen Daten und Prozesse werden registriert und gespeichert, so dass nach jedem Flug die Techniker genau wissen, ob etwas repariert oder justiert werden muss und was. Für den Alltagsbetrieb ist diese Technik eine gute Sache – aber wenn die Amerikaner die Datenverbindung kappen, ist das Flugzeug nur noch halb einsatzfähig.»

Beim F/A-18E/F gelte das zwar weniger stark, aber grundsätzlich auch. So weiss Moser über die heutigen F/A-18C/D folgendes zu berichten: «Bei den Revisionen in den Werkhallen der Firma Ruag in Emmen sind amerikanische Aufpasser zugegen, die heikle Komponenten der Luftkampf-Elektronik demontieren, zur Revision in die USA bringen und nachher wieder einbauen sowie plombieren.» Dieser Aussage folgt der brisante Satz: «Die Funktion dieser Geräte ist den Schweizer Spezialisten nicht im Detail bekannt.» So viel zur Lufthoheit!

Gegenüber den beiden anderen Lieferanten ist Moser weniger misstrauisch. Aber auch sie kommen im Buch schlecht weg. So wird im Kapitel über Korruption in Österreich der Eurofighter erwähnt. Und die französische Dassault wird als Herstellerin dargestellt, die sich historisch am massivsten in schweizerischen Beschaffungsprozesse eingemischt hat. Auch wenn das Produkt wie der Milan-Kampffjet um 1970 hundslausig war. «Politiker und Journalisten wurden zu «Informationsreisen» nach Frankreich geladen, teuerste Plätze im Live-Programm des Nachtclubs «Moulin Rouge» inbegriffen.»

Besonders interessant ist das Schlusskapitel, in dem der Spezialist den Sinn «neuer Kampfflugzeuge im heutigen Sinn» in Frage stellt. Dabei verweist er auf die USA, wo der Abschied von bemannten Flugzeugen im Gange ist. «Dieses Thema ist in der politischen Diskussion bisher nicht aufgetaucht.»

### Pilatus und Ikea

Das andere grosse Thema des Buches sind die Pilatus-Flugzeuge. Die Titel lauten zweideutig «Schulflugzeuge mit Biss» oder «Geschäfte mit Sprengkraft». Dabei erzählt Moser auch aus eigenen Erfahrungen. So hat seine Enthüllung über den Einsatz von Pilatus-Portern im Vietnamkrieg im Tagesanzeiger vom 22. August 1969 zu einem zeitweiligen Ausfuhr-Verbot durch den Bundesrat geführt. Er macht sich aber auch über spätere Lockerungen lustig. Die Definition im Güterkontrollgesetz, Trainingsflugzeuge, die nicht «für eine nachträgliche Bewaffnung vorbereitet» sind, umschreibt Moser am Beispiel eines Ikea-Schranks: «Solange die Beschläge und die Schrauben nicht dabei sind, ist er nicht für die Montage vorbereitet.»

Mosers eigene Erfahrungen und launigen Beschreibungen machen sein Buch zu einer lehrreichen und unterhaltsamen Lektüre.

..... JOSEF LANG

Sepp Moser, *Turbulenzen. Umstrittene Geschäfte mit Militärflugzeugen (1960-2020)*, Hier und Jetzt Verlag, 2020.



KONFLIKTE

## DIE SCHWEIZ LIEGT NICHT IM KAVKASUS

**An den Rändern Europas flackern alte Konflikte wieder auf. Für unser Land ist das keine militärische Bedrohung, aber wir müssen unsere Verantwortung wahrnehmen.**

Kaukasus, Ägäis, Belarus, Ukraine: Die Ränder Europas scheinen in den letzten Jahren und Monaten in Flammen aufzugehen. Bewaffnete Konflikte drohen oder sind bereits ausgebrochen. Viele Menschen sind verunsichert und machen sich Sorgen. Zu Recht, denn die sich abzeichnenden Kriege könnten den betroffenen Regionen immenses Leid bringen.

Es sind aber keine neuen Konflikte, die nun hochkochen. Der Streit zwischen Armenien und Aserbaidschan um die Region Bergkarabach ist seit Jahrzehnten nicht gelöst. Auch der Konflikt zwischen der Türkei und Griechenland lodert seit mehr als einem Jahrhundert immer wieder auf. Besonders absurd ist, dass sich diese zwei Länder momentan um vermutete Ölvorkommen streiten, die ohnehin nie profitabel ausgebeutet werden können, und mit Blick aufs Klima sowieso am besten im Boden verbleiben.

Dass militaristische Autokraten wie Putin oder Erdogan die Schwäche der USA nutzen

wollen, um den Einfluss auf frühere Teile ihres Imperiums zurückzugewinnen, ist ebenfalls nichts Neues. Man muss auch kein Hellseher sein, dass weitere schwelende Konflikte, beispielsweise im Kosovo oder Bosnien früher oder später wieder akut werden, solange die Ursachen für die Auseinandersetzungen nicht gelöst sind.

### Geografisches Glück

Die Kampffjet-BefürworterInnen haben versucht, diese Verunsicherung für sich zu nutzen: «Die Konflikte an den Rändern Europas rücken immer näher.» Wie dieses Näherrücken genau vonstatten gehen würde, konnten aber niemand erklären. Man war versucht anzunehmen, dass sich die Ränder Europas aufgrund plattentektonischer Verschiebungen immer näher zu uns bewegen.

Die Realität ist, dass die Schweiz das Glück hat, dass die Konflikte in ihrer Umgebung endgültig gelöst sind. Westeuropa befindet sich in

einer Situation wie die Schweiz um 1920: Siebzig Jahre zuvor führten die Kantone noch Krieg gegeneinander, aber niemand konnte sich eine Wiederholung eines bewaffneten Konfliktes vorstellen oder hatte ein Interesse daran.

### Märchenstunde bei der NZZ

Im Kampffjet-Abstimmungskampf versuchte einzig die NZZ, ein konkretes Bedrohungsszenario zu formulieren. Die Ereignisse würden so ablaufen: Der Konflikt zwischen Griechenland und der Türkei schaukelt sich immer weiter hoch. Frankreich stellt sich auf die Seite Griechenlands. Erdogan will Vergeltung üben. So weit, so plausibel. Wie bringt die NZZ nun aber die Schweizer Luftwaffe ins Spiel? Hier kippt das Drehbuch ins Skurrile. Die Türkei fasst nun gemäss dem Szenario den Plan, mit Kampffjets quer über den Balkan und die Alpen nach Frankreich zu fliegen und dort einige Ziele zu bombardieren.

Das NZZ-Drehbuch zeigt unabsichtlicher Weise, warum das VBS sich im Kampffjet-Abstimmungskampf davor hütete, halbwegs konkrete Bedrohungsszenarien zu diskutieren. Man

muss nicht Experte oder Expertin sein, um zu erkennen, dass so eine Mission komplett unrealistisch ist. Natürlich wird die Türkei nicht über mindestens vier Länder – zwei davon Nato-Staaten – fliegen, um Frankreich eins auszuwischen. Abgesehen vom diplomatischen Schlamassel, den sich Erdogan damit aufhalsen würde: Für diese Operation bräuchte es eine ganze Kaskade von Tankflugzeugen, die eine Teilstrecke mitfliegen müssten. Wenn nicht die türkischen Kampffjets selbst ziemlich bald abgefangen würden, dann ganz sicher die Tankflugzeuge.

### Verantwortung tragen

Die Schweiz ist zwar militärisch durch die aufflackernden Konflikte nicht bedroht. Wir tragen dennoch eine Verantwortung. Wir liefern Kriegsmaterial, auch in den Kaukasus, das Baltikum oder die Ägäis. Und wir haben keine Kontrolle darüber, wenn unsere Finanzinstitute die Waffengeschäfte von Autokraten mitfinanzieren.

Gleichzeitig muss die Schweiz ihre guten Dienste und ihre Aktivitäten in der zivilen Friedensförderung massiv ausbauen. Im eigenen Interesse, aber auch zum Schutz der Menschen in den betroffenen Regionen.

..... ANDREAS WEIBEL

# DIE LETZTE

SEKI

## AUF WIEDERSEHEN LEWIN, WILLKOMMEN JONAS

**Nach ganzen fünf Jahren lässt Lewin Lempert seine Anstellung als politischer Sekretär hinter sich. Das GSoA-Sekretariat verliert somit einen engagierten Pazifisten und vertrauten Arbeitskollegen. Zum Glück haben wir mit Jonas Kampus einen neuen wertvollen Mitarbeitenden gefunden.**

Lewin Lempert war eine der prägenden Figuren der GSoA in den letzten Jahren und hat unter anderem einen wichtigen Beitrag zur erfolgreichen Kampagne gegen die Anschaffung neuer Kampfflugzeuge geleistet. Nun endet zwar seine Arbeit im Sekretariat, aber erfreulicherweise nicht für die GSoA: Er wird weiterhin in der Koordination aktiv sein, um Viola Amherd und ihre Entscheidungen, welche Flugzeuge sie zu kaufen beabsichtigt, genaustens zu beobachten. F/A-18 Super Hornet, Eurofighter Typhoon oder F35-A – Lewin kann die Hauptmerkmale und Mängel dieser vier Flugzeuge auswendig auflisten, und wenn es jemals wieder eine Unterschriftensammlung zu diesem Thema gibt, wissen wir, dass Lewin an vorderster Front dabei sein wird. Denn für ihn war Sicherheitspolitik nie nur ein Berufsfeld, sondern seine

grosse Leidenschaft. Lieber Lewin, wir wünschen alles Gute für deine Zukunft und bedanken uns von Herzen für deine super Arbeit!

Neues Mitglied im Seki Zürich wird **Jonas Kampus**. Jonas hat im Juni das Gymnasium abgeschlossen und vor kurzem sein Studium an der Universität Zürich in Volkswirtschaftslehre und Physik begonnen. Trotz seines sehr jungen Alters hat Jonas viel Erfahrung in Medien- und Freiwilligenarbeit, da er an der Organisation des Klimastreiks beteiligt war – beides Eigenschaften, die für seine zukünftige Arbeit bei der GSoA sicherlich nützlich sein werden. Da er zum Aufbau der grössten sozialen Bewegung in der jüngeren Geschichte der Schweiz beigetragen hat, wird er uns sicherlich helfen können, das nächste GSoA-Projekt zu formulieren und zu definieren, jetzt wo die Abstimmungen über

die Kampfjets und die Kriegsgeschäfte-Initiative abgeschlossen oder fast abgeschlossen sind. Lieber Jonas, wir freuen uns, dich im Seki-Team willkommen heissen zu können und auf die zukünftige Zusammenarbeit!

..... LAURA RIGET



Jonas Kampus ist neuer Sekretär im Seki Zürich.  
Foto: Klimastreik

## GREGOR, das glückliche Gewehr

Verfolge die Abenteuer von Gregor, dem glücklichen Gewehr, auch auf youtube: [www.youtube.com/user/GregorsGunTV](http://www.youtube.com/user/GregorsGunTV)



## BESTELLTALON GSOA-MATERIAL



Anzahl	Bezeichnung	Frau / Mann	Grösse	Einzelpreis	Total
	Peace-Button			Fr. 1.-	
	T-Shirt Waffenvernichtungsmasse	F M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	T-Shirt «If war is the answer...»	F M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	Pullover «If war is the answer...»	F M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 35.-	
	T-Shirt «If war is the answer...»	F M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	T-Shirt «Stopp Kampfjets!»	F M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	T-Shirt «Gregor»	F M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	«Gregor»-Feuerzeug			Fr. 2.-	
	GSoA-Sackmesser			Fr. 25.-	
	Friedensfahne		<input type="checkbox"/> PACE <input type="checkbox"/> PEACE	Fr. 12.-	
	Kleber			kostenlos	
	Jasskarten		<input type="checkbox"/> de Set <input type="checkbox"/> fr Set	Fr. 5.-	
	Feldpost-Päckli			Fr. 60.-	
	<b>Material zur AUSGESCHOSSEN!-Kampagne:</b>				
	Feuerzeug AUSGESCHOSSEN!			Fr. 2.-	
	Stofftasche AUSGESCHOSSEN!			Fr. 15.-	
	Turnbeutel AUSGESCHOSSEN!			Fr. 15.-	
	<b>Versandkostenanteil</b>				<b>Fr. 4.80</b>
	Ich werde GSoA-Mitglied	<input type="checkbox"/> Verdienende	Fr. 100.-	<input type="checkbox"/> Nichtverdienende	Fr. 50.-
	Spende	<input type="checkbox"/> Fr. _____	<input type="checkbox"/> Fr. 50.-	<input type="checkbox"/> Fr. 20.-	<input type="checkbox"/> Fr. 10.-
	Ich will aktiv mitmachen: Kontaktiert mich	<input type="checkbox"/>			
	<b>Rechnungsbetrag</b>				

Name \_\_\_\_\_

Vorname \_\_\_\_\_

Strasse/Nr. \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Tel. \_\_\_\_\_

E-mail \_\_\_\_\_

Bestellung: GSSA, CP 151, 1211 Genève 8, [www.gsoa.ch/shop](http://www.gsoa.ch/shop)